

Von Caroline Ausserer

„Ich muss lügen und in der Klinik sagen, ich sei allein stehend und heterosexuell.“ Zeljka (33) senkt ihren Blick und ihre Freundin Sanda (42, beide Namen geändert) drückt ihr aufmunternd die Hand. Seit über zehn Jahren sind die beiden ein Paar. Nun wünschen sie sich nichts sehnlicher als ein Kind. Als lesbisches Paar in Kroatien ein fast unmögliches Unterfangen.

Das Klima im neuen EU-Mitgliedsland gegenüber Lesben, Schwulen und Transgender (LSBT) ist schwierig. Bei einer Umfrage der EU-Grundrechtsagentur von 2012 gaben 60 Prozent der Befragten in Kroatien an, wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert worden zu sein, das zweithöchste Ergebnis nach Litauen. Die Wucht der tief sitzenden Vorurteile fand ihren deutlichen Ausdruck in der Kampagne „Im Namen der Familie“. Diese setzte sich für ein Referendum ein, das vorschlägt, die Ehe als Institution verfassungsmäßig als Verbindung zwischen Mann und Frau zu begrenzen. Mit einer deutlichen Mehrheit von 65,76 Prozent stimmten die Kroatinnen und Kroaten nun letzten Sonntag für diese Verfassungsänderung. Damit werden von der Ehe all jene ausgeschlossen, die eine andersartige Gemeinschaft anstreben. Kroatien reiht sich damit zu Ländern wie Polen, Bulgarien oder Litauen.

Fragwürdige Vorhaben

„Es handelt sich dabei um eine Reaktion des konservativen Teils der Bevölkerung auf die fragwürdigen Vorhaben der Regierung“, erläutert der Abgeordnete Zeljko Reiner der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) und bezieht sich auf den Einsatz der regierenden sozialdemokratische Mitte-links-Allianz für mehr Rechte für gleichgeschlechtliche Paare. Konkret steht derzeit ein Gesetzesvorschlag zur eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft öffentlich zur Diskussion. In über 80 Artikeln werden alle wichtigen Bereiche von



Kroatien entscheidet

Nach einem eindeutigen Votum gegen eine rechtliche Gleichstellung von lesbischen und schwulen Paaren am Wochenende, will die Regierung ein entschärftes Familiengesetz einbringen.

Kroatiens Regierung will die Rechte der lesbischen und schwulen Paare regeln. Die Kampagne „Im Namen der Familie“ kämpfte dagegen in einem Referendum an. Mit großem Erfolg. Was nun?

Kulturkampf um die Familie

Erb- über Pensionsrechte für registrierte Lebenspartnerschaften geregelt. Lesbische oder schwule Paare könnten dann die eigene Partnerschaft eintragen.

„Gemeinsam mit NGOs habe ich vorgeschlagen, einen neuen Gesetzesentwurf zu initiieren“, berichtet Visnja Ljubičić, Ombudsfrau für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Ihr Amt wurde

„Im Gesetzesentwurf zum Familienrecht steht nun, dass ein Gericht über den Status der elterlichen Fürsorge des zweiten Elternteils von Fall zu Fall entscheiden soll.“

mit dem Anti-Diskriminierungsgesetz von 2008 geschaffen; eine der Bedingungen zur Aufnahme in die EU. „Wir sind eine sehr junge Demokratie und müssen noch einiges über Menschenrechte und Demokratie lernen.“ Die Ombudsfrau verweist auf Fortschritte insbesondere im Bezug auf Bestrafung von Hassverbrechen.

Doch können Gesetze tatsächlich eine Gesellschaft und tief sitzende Vorurteile verändern? Für Ljubičić ist klar, dass eine wirkliche Umsetzung der Gesetze wesentlich dazu beitragen könne, die Menschen zu erziehen. „Das Wichtigste aber ist und bleibt die Bildungs- und Aufklärungsarbeit – besonders für junge Menschen“, ist sie überzeugt. Branko Smerdel, Professor an der Rechtsfakultät in Zagreb, formuliert es vorsichtiger: „Meine Vorstellung, dass sich mit einer guten Gesetzgebung vieles von selbst ergibt, musste ich im Laufe der Zeit ablegen.“ Das gelte besonders dann, wenn „die Gesetze zu weit gehen und eine Gesellschaft noch nicht bereit ist für gewisse Veränderungen“. In diesem Fall existierten Gesetze nur auf dem Papier. Ist die kroatische Gesellschaft also noch nicht „bereit“ LSBT Menschen dieselben Rechte zuzuerkennen?

Für LSBT AktivistInnen stellt sich diese Frage nicht. Sie sehen in der Initiative eine Hetzkampagne,

die jeden Fortschritt für LSBT Personen verhindern will. Warum etwas in den Verfassungsrang heben, was bereits im Familienrecht steht? „Es geht hier um unsere Menschenrechte. Diese sollten nie einem Referendum unterstellt werden“, betont Sanja Juras, Leiterin der lesbischen NGO Kontra. Daher haben Kontra und andere Organisationen eine Klage eingereicht.

Gesetz trotz Referendum

Trotz des Referendums und der heftigen Proteste will die Regierung den Gesetzesvorschlag zur Lebenspartnerschaft für lesbische und schwule Paare durchziehen. Das Referendum könne dem keinen Abbruch tun, ist Gordana Sobol, Abgeordnete der regierenden SDP, überzeugt. Sie ist aufgrund der vielen Kompromisse im Gesetzestext zuversichtlich: „Für die einen ist es wichtig, dass wir nicht von ‚Familie‘ und ‚Ehe‘ sprechen und für die anderen, dass wir ihre rechtliche Situation endlich re-

geln.“ Ein Recht auf Adoption ist allerdings nicht vorgesehen. Daher stehe im Entwurf, dass ein Gericht über den Status der elterlichen Fürsorge des zweiten Elternteils von Fall zu Fall entscheiden soll.

Im Fall von Zeljka und Sanda würde dies bedeuten, dass Sanda nicht etwa als zweite Mutter anerkannt wäre, sondern als Skrbnik, was so viel wie Betreuerin oder Bezugsperson heißt. Sanda fürchtet die Möglichkeit, vom Gericht überhaupt keine Rechte über das Kind eingeräumt zu bekommen. Zeljka hingegen sieht das neue Gesetz als einen ersten Schritt hin zu mehr Rechten. Das lesbische Paar will zuerst das Kind bekommen und danach ihre Partnerschaft registrieren, falls das Gesetz verabschiedet wird. Umgekehrt wäre es gar nicht möglich. „Dann wäre bekannt, dass ich in einer lesbischen Partnerschaft lebe, und wir hätten keine Chance mehr auf eine Behandlung.“ So gesehen, ist das Lügen beim monatlichen Termin in der Klinik für die beiden noch das kleinere Übel.

JOURNAL IN KÜRZE

INTERNATIONAL

■ Massenproteste in Thailand

Seit Tagen versuchen Demonstranten in der Hauptstadt Bangkok, die Regierung von Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra zu stürzen. Nach den Massenprotesten in Thailand erwartet das Militär eine baldige Normalisierung der Lage. Die Armee werde daher nicht einschreiten, sagte Admiral Narong Pipathanasai. Es werde keinen Putsch geben. Die thailändische Armee hat in den vergangenen 80 Jahren 18-mal die Macht übernommen oder es zumindest versucht.

INTERNATIONAL

■ China rasselt mit dem Säbel

Im Streit zwischen China und Japan um die Inselgruppe Senkaku (japanisch) bzw. Diaoyu (chinesisch) ist keine Entspannung in Sicht. Mit einer deutlichen Warnung wurde US-Vi-

zepräsident Joe Biden in Peking empfangen, der für Japan in den Streit eingegriffen hat: Sollte Biden an seinen „falschen und einseitigen Äußerungen“ festhalten, brauche er sich keine Hoffnung auf eine friedliche Lösung zu machen. China droht, im Inselstreit notfalls Kampfflugzeuge zu schicken. Erst kürzlich hatte China eine Militärzone rund um jene Insel eingerichtet, die von Japan verwaltet, aber von China beansprucht werden.

INTERNATIONAL

■ Korruption: Österreich abgestürzt

Österreich schnitt im aktuellen Korruptionswahrnehmungs-Index von Transparency International alles andere als gut ab: Es reichte nur für Platz 26. Bereits im Vorjahr war Österreich von Platz 16 auf Platz 25 zurückgefallen. Und das, obwohl Österreich in den vergangenen Monaten einiges getan hat, um gegen Bestechlichkeit vorzugehen. Seitens des Justizministeriums werden die Einrichtung der



Jugend und Politik. 90 Wiener Schüler konnten vergangene Woche Gesetzgebung im Parlament üben.

Whistleblower-Homepage oder das neue Parteiengesetz genannt. Am wenigstens von Korruption betroffen sind die skandinavischen Länder und Neuseeland. Griechenland bildet das Schlusslicht in der EU.

INLAND

■ Regierungsbudget: ÖVP unter Druck

ÖVP-Chef Michael Spindelegger hat klar gemacht, dass die ÖVP nur in eine Koalition mit

der SPÖ geht, wenn klar ist, wie der Staat bis 2018 spart. Zeitgleich aber kündigten die Familienverbände des Landes Aktionen für eine Anhebung der Familienbeihilfe an. Die Erhöhung würde jährlich 250 Millionen Euro kosten. Sie war im Juli bereits paktiert, doch dann kam das „Budgetloch“. Nun ist ein neues Budgetloch bei einer Kernklientel der ÖVP aufge-taucht: Im Agrarbudget sollen bis 2018 wenigstens eine Milliarde Euro fehlen.

INLAND

■ Schüler machen Parlament

Von der Gesetzesvorlage bis zur Debatte im Plenum – ein Tag der Gesetzgebung im österreichischen Parlament. Dieser Aufgabe stellten sich auch heuer wieder 15- und 16-jährige Schüler. Die Aktion soll kommenden Jungwählern einen Eindruck von der Arbeit in der zentralen Institution der Republik geben. Parlamentspräsidentin Prammer will die Ergebnisse einem „echten“ Ausschuss zuleiten.